

Shortland, Anja

**Article**

## Staatliche Banken können schwache Bankenregulierung kompensieren

DIW Wochenbericht

**Provided in Cooperation with:**

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

*Suggested Citation:* Shortland, Anja (2010) : Staatliche Banken können schwache Bankenregulierung kompensieren, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 77, Iss. 37, pp. 11-15

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/152016>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Staatliche Banken können schwache Bankenregulierung kompensieren

*Staatliche Banken können eine wichtige Rolle bei der Sicherung der Funktionsfähigkeit von Finanzsystemen und für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung spielen. Dies gilt offenbar vor allem dann, wenn die Bankenregulierung schwach ist und Banken nicht ausreichend überwacht werden. Die vorliegende Studie des DIW Berlin zeigt, dass staatliche Banken zu einem höheren Wirtschaftswachstum beitragen können. Dies gilt vor allem für weniger entwickelte Länder und solche mit unzureichender Finanzmarktregulierung. Staatliches Eigentum und staatliche Haftung sichern dann das aus Regulierungsdefiziten resultierende Risiko ab. Deshalb sollten Regierungen staatliche Banken nicht voreilig privatisieren. Stattdessen sollten sie sich auf die Verbesserung des regulativen Umfeldes konzentrieren, das übermäßig riskantes und kundenschädliches Verhalten der Banken verhindert.*

Die im angelsächsischen Raum dominante *politisch orientierte* Sicht auf staatliche Banken hat über viele Jahre den akademischen Diskurs und die wirtschaftspolitischen Empfehlungen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank beherrscht. Die Argumentation basiert auf der Annahme, dass sich politisch beeinflusste Entscheidungen negativ auf die wirtschaftliche Effizienz auswirken. Es wird vermutet, dass Politiker staatliche Banken gebrauchen, um ihren Anhängern und staatlichen Betrieben Kredite zuzuschancen. Wenn Kredite nicht zu den üblichen Effizienzkriterien vergeben werden, kann dies für die Banken zu Ausfällen und finanzieller Instabilität bis hin zur Krise führen. Gesamtwirtschaftlich könnten davon negative Effekte auf das Wachstum ausgehen. Diese Haltung wurde von Martin Wolf in der *Financial Times* sehr treffend wiedergegeben: „... Krisenanfällige Privatbanken sind schlecht; aber staatliche Monopolbanken sind noch schlimmer.“<sup>1</sup>

Anja Shortland  
ashortland@diw.de

Wissenschaftlich gestützt wird diese Sichtweise durch empirische Studien, die angeblich einen negativen Zusammenhang zwischen staatlichen Banken und der wirtschaftlichen Dynamik eines Landes zeigen. So sagen La Porta et al. in einer länderübergreifenden Analyse einen Anstieg der jährlichen langfristigen Wachstumsrate von 0,23 Prozentpunkten voraus, wenn der staatliche Bankenanteil um zehn Prozentpunkte gesenkt würde.<sup>2</sup> Ergebnisse wie diese wurden vom Internationalen Währungsfonds und der Weltbank bei der Formulierung der Konditionen für ihre Entwicklungshilfeprogramme aufgegriffen. Die Privatisierung von Banken in Entwicklungsländern wurde auf dieser Grundlage vorangetrieben.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> FT vom 16. Oktober 2008.

<sup>2</sup> La Porta, R., Lopez de Silanes, F., Schleifer, A.: Government Ownership of Banks. *Journal of Finance*, 57, 2002, 265–301.

<sup>3</sup> Weltbank: *Finance for Growth: Policy Choices in a Volatile World*. Oxford, 2001, 127.

Aber nicht alle Ökonomen stehen staatlichen Banken ablehnend gegenüber. Die *entwicklungsorientierte* Sicht, deren prominentester Vertreter Joseph Stiglitz ist, betont die Bedeutung des Staates bei der Anschubfinanzierung wirtschaftlicher Entwicklung.<sup>4</sup> Die moderne Argumentation für die Existenz staatlicher Banken findet sich in der Literatur zu Informations- und Agency-Problemen. Die hier beschriebenen theoretisch fundierten und empirisch untermauerten Studien kommen zu dem Ergebnis, dass staatliches Eigentum und staatliche Haftung eine unzureichende Regulierung des Finanzsektors kompensieren können.

### Marktversagen im Bankensektor

Die Existenz von Marktversagen im Finanzsektor ist wenig umstritten. Dieses resultiert schon allein daraus, dass die Transaktionen wie Einlagen und Rückzahlungen zeitlich auseinanderfallen. Den hier vorgestellten Studien liegt ein theoretisches Modell zugrunde, das davon ausgeht, dass staatliche Banken mit Privatbanken konkurrieren.<sup>5</sup> Dabei mag die staatliche Bank nicht besonders effizient sein und vielleicht keinen besonders guten Kundendienst bieten, aber ihr Sonderstatus schützt sie vor dem Zusammenbruch: Sie garantiert ihren Kunden anhaltenden Zugang zu ihren Einlagen in nationaler Währung. Privatbanken hingegen können in diesem Modell entweder *ehrlich* oder *opportunistisch* (potenziell kundenschädlich) handeln. Dieser zweite Typus ist bereit, seine Kunden um ihr Geld zu betrügen, wenn er nicht durch strenge Regeln daran gehindert wird. Die Höhe der Einlagen bei staatlichen Banken hängt also davon ab, ob die potenziellen Kunden den Institutionen trauen, die das Verhalten der privaten Banken regeln. Bestehen strenge Lizenzvorgaben und strikte Standards, die der Staat durchsetzt und überwacht, handeln alle Banken – so die Annahme im theoretischen Modell – ehrlich. Es besteht kein Bedarf für staatliche Banken. Im anderen Extremfall führt die fehlende Kontrolle privater Banken dazu, dass alle Kunden staatliche (sichere) Banken wählen; es gibt dann keine privaten Banken. Im Falle eines durchschnittlichen Regulierungsniveaus existieren private und staatliche Banken nebeneinander. Eine Privatisierung der staatlichen Banken wäre in dieser Situation für risikofreudige Anleger ohne Belang. Risikoscheue Anleger würden aber ihr Geld lieber unter der Matratze aufbewahren,

als es einer als unsicher eingeschätzten Privatbank anzuvertrauen.

In der 2008 publizierten Studie wurden die politische und die entwicklungsorientierte Sicht auf staatliche Banken empirisch überprüft. Die Analyse basiert auf Daten für 108 Länder, die einer Studie der Weltbank zu Bankverhalten und Regulierung entstammen.<sup>6</sup> Ein erster Überblick zeigte, dass der Anteil der Einlagen bei staatlichen Banken umso höher war, je niedriger die Regulierungsstandards waren. Gleiches galt für Länder, in denen durch frühere Banken Krisen das Vertrauen der Anleger in das Regulierungssystem geschwächt war. Während sich die Regulierungsqualität und Offenlegungsstandards deutlich umgekehrt proportional zur Anzahl staatlicher Banken verhalten, sind politische Variablen nicht entscheidend. Dies stützt unsere Annahme, dass die Existenz staatlicher Banken eher ein Zeichen für regulative Schwäche ist als für das Streben von Politikern, Banken zu kontrollieren.

### Regulatives Versagen und die Finanzkrise von 2008

Die Regulierung der Finanzmärkte zielt darauf ab, Marktversagen im Bankensektor einzudämmen.<sup>7</sup> Aber die Bankenaufsicht selbst ist ebenfalls anfällig für Risiken: So kann sie von denen beeinflusst werden, die sie regulieren soll. Auch können Gesetze durch die Entwicklung neuer, von den geltenden Regeln (noch) nicht erfasster Finanzprodukte unterlaufen werden. Im Vorfeld der jüngsten Finanzkrise war ein deutlicher Rückgang der Regulierungsqualität in den Industrieländern zu beobachten.<sup>8</sup> Analysen zur Finanzkrise zeigen, dass viele Banken extrem risikoreiche Strategien zur kurzfristigen Profitmaximierung verfolgten.<sup>9</sup> Die Komplexität der Finanzprodukte und eine unzuverlässige Risikobewertung der Rating-Agenturen ließ die Aufsichtsräte und Regulierungsbehörden die Kontrolle über die Banker verlieren.

<sup>4</sup> Gerschenkron, A.: *Economic Backwardness in Historical Perspective: A Book of Essays*. Cambridge, MA 1962.

<sup>5</sup> Andrianova, S., Demetriades, P., Shortland, A.: *Government Ownership of Banks, Institutions and Financial Development*. *Journal of Development Economics*, 85, 2008, 218–252. Andrianova, S., Demetriades, P., Shortland, A.: *Is Government Ownership of Banks Really Harmful to Growth?* DIW Discussion Paper Nr. 987, Berlin 2010.

<sup>6</sup> Caprio, G., Levine, R., Barth, J.: *Bank Regulation and Supervision*. 2008, [go.worldbank.org/SNUSW978PO](http://go.worldbank.org/SNUSW978PO). Die Auswahl enthält eine Mischung aus Entwicklungs-, Industrie- und Schwellenländern.

<sup>7</sup> Eine fundierte Analyse der Regulierung der Finanzmärkte, Einlagensicherung und damit zusammenhängender Fragen findet sich bei Goodhart, C. A. E.: *The Central Bank and the Financial System*. Houndmills und London, 1995; und Stiglitz, J. E.: *The Role of the Government in Financial Markets*. *Proceedings of the World Bank Annual Conference on Development Economics*, 1993.

<sup>8</sup> Regulierungsqualität misst die Fähigkeit der Regierung, tragfähige Regeln aufzustellen und durchzusetzen, die die Entwicklung des Privatsektors ermöglichen und fördern. Kaufmann, D., Kraay, A., Mastruzzi, M.: *Governance Matters VI: Governance Indicators 1996–2006*, Weltbank 2007.

<sup>9</sup> Johnson, S.: *The Quiet Coup*. *The Atlantic Online*, Mai 2009.

Die vor allem für Entwicklungsländer relevanten Überlegungen zur Rolle staatlicher Banken können in dieser Situation deshalb auch auf Industrieländer angewandt werden. Die Enthüllungen im Jahr 2008 über skrupelloses oder inkompetentes Verhalten von Privatbanken und deren undurchsichtigen und hoch riskanten Investitionen führten zu einem Rückgang des Vertrauens in die Regulierungsbehörden. Nach dem Kollaps von *Lehman Brothers* bestand plötzlich die Gefahr weiterer Bankpleiten, und daraus resultierte umgehend eine extrem hohe Nachfrage nach Sparkonten bei – als sicher eingeschätzten – staatlich gestützten Banken. Beispielsweise musste die zuvor verstaatlichte Bank Northern Rock in Großbritannien, obwohl sie niedrigere Zinsen anbot als die anderen britischen Banken, auf Druck der Finanzaufsicht potenzielle Anleger abweisen.

Die jüngste Finanzkrise lässt auch deutlich werden, dass die Argumente der politisch orientierten Sichtweise zu staatlichen Banken problematisch sind. Die positive Korrelation zwischen staatlichen Banken und Finanzkrisen im Ländervergleich spiegelt nämlich eine umgekehrte Kausalität wider: Bankrotte Privatbanken werden deshalb verstaatlicht, weil sich kein anderer Investor findet. Zudem folgt auf Finanzkrisen, die die Ursache für eine staatliche Übernahme von Banken sind, normalerweise eine deutliche Rezession. Die Schuld an dieser Entwicklung den staatlichen Banken zuzuschreiben ist dasselbe, als würden Krankenhäuser für die schlechte Gesundheit verantwortlich gemacht, weil sie so viele Kranke beherbergen. Eine Privatisierung staatlicher Banken auf dieser Grundlage zu fordern, wäre dasselbe, wie die Schließung von Krankenhäusern zur Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung vorzuschlagen.

### Auswirkungen staatlicher Banken auf das Wachstum – eine Neubewertung

Die im Gefolge der weltweiten Finanzkrise 2007/08 offenbar gewordenen Geschäftspraktiken privater Banken legen eine Neubewertung der Rolle privater und staatlicher Banken für das Wirtschaftswachstum nahe. Bei privaten Banken hatten kurzfristige, oft hoch spekulative Investitionen überhand genommen, die Banken und Banker bereicherten, aber kaum dem nationalen Wirtschaftswachstum dienten. Darüber hinaus waren solche Investitionen meistens undurchsichtig, komplex und so gestaltet, dass sie Investoren über ihre wahre Natur in Unkenntnis ließen. Derartige Finanzprodukte zu erfinden und zu vermarkten, bindet begabte Personen, was schon für sich allein genommen einen langfristigen Wachstumsverlust bedeuten kann.

Staatliche Banken sind normalerweise weniger anfällig für spekulative Investitionsstrategien. Dies könnte

darin liegen, dass staatliche Banken aufgrund politischer Ziele gezwungen sind, in Projekte zu investieren, die als gesellschaftlich sinnvoll gelten.<sup>10</sup> Außerdem fördern die Gehaltsstrukturen in staatlichen Banken spekulative Aktivitäten weniger als die Boni im Privatsektor.

### Überprüfung früherer Forschungsergebnisse ...

Bei der einflussreichen Untersuchung von La Porta et al., die sich auf den Zeitraum 1960 bis 1995 bezieht, blieben fundamentale Einflussfaktoren auf das Wirtschaftswachstum wie die institutionelle Qualität (*Governance*) der Länder unberücksichtigt.<sup>11</sup> Werden die regulative Qualität und die der Verwaltung, der Schutz von Eigentumsrechten oder die Korruption als Faktoren einbezogen, ist der Effekt staatlicher Banken auf das Wirtschaftswachstum statistisch nicht mehr signifikant, und die Erklärungskraft des Schätzmodells verbessert sich drastisch (Tabelle 1). Bei den Ergebnissen von La Porta et al. handelt es sich um einen klassischen Fall von *omitted variable bias*, der Verzerrung der Schätzung aufgrund der Nichtberücksichtigung relevanter Variablen. Die Existenz staatlicher Banken ist eine Folge schlechter Governance-Qualität – wenn die Regulierung in einem Land schwach ist, ziehen viele Anleger staatliche Banken vor. In Schätzmodellen, die den Faktor Governance außer Acht lassen, wird damit der Variablen staatliche Banken die Wirkung zugeschrieben, die eigentlich vom Faktor Governance ausgeht. Die empirisch bevorzugte Modellversion schließt den Anteil staatlicher Banken als Variable aus: Die Variable ist weder signifikant noch trägt sie maßgeblich zu der Erklärungskraft des Modells bei. Vielmehr erweist sich, dass Governance der entscheidende Faktor ist, nicht die Art des Eigentums an Banken. Daraus schließen wir, dass die weit verbreitete Annahme negativer Auswirkungen staatlicher Banken auf das wirtschaftliche Wachstum auf der Nichtberücksichtigung wichtiger Einflussfaktoren beruht.

**10** Die deutschen staatlichen Banken stellten in dieser Krise eine Ausnahme dar, weil sie ihre wirtschaftsfördernde Rolle weitgehend verloren hatten und im Vorfeld der Krise ermutigt worden waren, in spekulative Geschäfte zu investieren, siehe Schrooten, M.: Landesbanken: Rettung allein reicht nicht. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 24/2009; und Schrooten, M.: Landesbanken: Megafusion allein ist kein Ausweg. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 18/2010. Einige Landesbanken stellten sich bei der Risikobewertung besonders ungeschickt an, siehe beispielsweise Hau, H., Thum, M.: Subprime Crisis and Board (In-) Competence: Private vs. Public Banks in Germany, *Economic Policy* 60, 2009, 701–752.

**11** Acemoglu, D., Johnson, S., Robinson, J. A.: Institutions as a Fundamental Cause of Long-Run Growth. In: Aghion, P., Durlauf, S. (Hrsg.): *Handbook of Economic Growth*. 1. Auflage, Band 1, Kapitel 6, 2005, 385–472.

Tabelle 1

**Prüfung der Wachstumsschätzungen<sup>1</sup> von La Porta, Lopez, Schleifer (LLS)**

Änderung der Wachstumsrate

Modellvariante	LLS: Tabelle V Einfache Wachstumsregressionen	LLS: Tabelle VI Wachstumsergebnisse mit unterschiedlichen Kombinationen von Kontrollvariablen	LLS-Modelle ergänzt um institutionelle Variablen	
	Ia	Ila	Ib	Ilb
Staatliche Banken 1970	-0,0199***	-0,0152*	-0,0045	0,0012
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von 1960 (logarithmiert)	-0,0160***	-0,0157***	-0,0211***	-0,0204***
Durchschnittlicher Schulbesuch in Jahren	0,0061***	0,0044**	0,0028***	0,0021
Hohe Inflation		-0,0073		-0,0093
Breitengrad		-0,0039		-0,0004
Privatkredite bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt 1960		0,0217**		0,01467*
Verwaltungsqualität	nicht einbezogen	nicht einbezogen	0,0040***	0,0043***
Eigentumsrechte	nicht einbezogen	nicht einbezogen	0,0081***	0,0066**
Konstante	0,0911***	0,1019***	0,0764***	0,0808***
Regionale Dummies	Nein	Ja	Nein	Ja
R <sup>2</sup>	0,3403	0,5012	0,5416	0,639
Beobachtungen	85	82	83	80

**1** Regressionsanalyse (Kleinste-Quadrate-Methode, OLS) der ausgewählten Länder. Zu erklärende Variable ist das durchschnittliche jährliche Wachstum des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf von 1960 bis 1995.

\* Signifikanz auf dem 10%-Niveau, \*\* dem 5%-Niveau und \*\*\* dem 1%-Niveau.

Quellen: La Porta et al., [mba.tuck.dartmouth.edu/pages/faculty/rafael.laporta/publications.html](http://mba.tuck.dartmouth.edu/pages/faculty/rafael.laporta/publications.html); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

**Institutionelle Mängel (schlechte Verwaltung, Korruption etc.)** sind die Ursache für niedriges Wirtschaftswachstum, nicht die staatlichen Banken. Ihr Einfluss ist statistisch nicht signifikant.

**... und eine neue Schätzung**

Unsere Schätzung für den Zeitraum 1995 bis 2007, in dem die bestehende Regulierung durch neue Finanzprodukte ausgehöhlt wurde, deutet auf einen positiven Zusammenhang zwischen staatlichen Banken und wirtschaftlichem Wachstum hin. Eine staatliche Bankenbeteiligung in Höhe von 50 Prozent erhöht die jährliche Wachstumsrate im Durchschnitt der betrachteten Länder um ein bis zwei Prozentpunkte im Vergleich zu der Situation ohne staatliche Beteiligung.

Da dies ein äußerst kontroverser Befund ist, haben wir zahlreiche Tests durchgeführt. Das Ergebnis erweist sich als robust gegenüber unterschiedlichen Spezifikationen des Wachstums und des staatlichen Bankeigentums. Dies gilt auch für Änderungen im Kreis der untersuchten Länder. So wurden Länder mit hundertprozentiger staatlicher Eigentümerschaft, die als Sonderfall gelten können (zum Beispiel China), sowie kleine Länder mit weniger als vier Millionen Einwohnern ausgeschlossen – das Ergebnis bleibt bestehen. Gleiches gilt für eine Untersuchung der von La Porta et al. betrachteten Länder (Tabelle 2). Zudem wurde sichergestellt, dass die Ergebnisse nicht durch andere potenziell wichtige Wachstumsfaktoren verzerrt sind. In allen Modellen ist eine Kontrollvariable für Länder, die vormals sozialistische Planwirtschaften waren, enthalten, da diese Länder nach ihren Transformationsrezessionen überdurchschnittlich schnell gewachsen sind, obwohl der Bankensektor oft noch

nicht vollends privatisiert worden war. Der signifikant positive Effekt der staatlichen Banken bleibt in allen Modellen mit unterschiedlichen Kombinationen von weiteren Kontrollvariablen wie Handelsöffnung, Inflation, allgemeiner Finanzentwicklung, früherer Bankenprivatisierung oder ausländischen Direktinvestitionen erhalten.<sup>12</sup>

Schließlich wurde überprüft, ob die Wachstumseffekte staatlicher Banken von der Regulierungsqualität abhängen. Wenn staatliche Banken tatsächlich eine Reaktion auf schwache Regulierung sind, sollten ihre positiven Wachstumseffekte mit steigender Regulierungsqualität zurückgehen. Für diese These konnten in der Tat Belege gefunden werden: Die positiven Wachstumseffekte staatlicher Banken sind in einem schwachen Regulierungsumfeld am größten. Sie nehmen mit steigender Regulierungsqualität ab und lassen sich für die zehn Prozent der Länder mit den besten Regulierungsstandards, zu denen auch Deutschland gehört, gar nicht mehr nachweisen. Staatliche Banken können somit als ein effektiver Ersatz für gute Regulierung gelten. Dies ist auch für

**12** Schätzungen mit *Instrumentvariablen* zeigen zudem, dass der positive Effekt von Staatsbanken auf das Wachstum sogar noch höher ist, wenn wir die Überlegung mit einbeziehen, dass sowohl der Anteil von Staatsbanken als auch das Wirtschaftswachstum durch fundamentale Probleme wie Marktversagen im Finanzsektor beeinflusst sein können. Mit diesen Schätzungen schließen wir auch aus, dass unser Ergebnis auf *umgekehrter Kausalität* beruht.

Tabelle 2

**Schätzergebnisse für unterschiedliche Ländergruppen**

Änderung der Wachstumsrate

	Ausgangssample	Ohne Länder mit nur staatlichen Banken	Sample von La Porta et al.	Ohne kleine Länder
Staatliche Banken 2001	0,0359***	0,0289***	0,0365***	0,0370***
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von 1995 (logarithmiert)	-0,0046***	-0,0041***	-0,0044**	-0,002
Regulierungsqualität	0,0112***	0,0103***	0,01355***	0,0071**
Ehemals sozialistisch regierte Länder	0,0324***	0,0332***	0,0234***	0,0271***
Konstante	0,0519***	0,0488***	0,0479***	0,0299***
R <sup>2</sup>	0,4265	0,4031	0,4714	0,4497
Beobachtungen	128	121	80	92

1 Regressionsanalyse (Kleinste-Quadrate-Methode, OLS) der ausgewählten Länder. Zu erklärende Variable ist das durchschnittliche jährliche Wachstum des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf von 1995 bis 2007.

\* Signifikanz auf dem 10%-Niveau, \*\* dem 5%-Niveau und \*\*\* dem 1%-Niveau.

Quellen: La Porta et al., [mba.tuck.dartmouth.edu/pages/faculty/rafael.laporta/publications.html](http://mba.tuck.dartmouth.edu/pages/faculty/rafael.laporta/publications.html); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

**Staatliche Banken haben einen deutlich positiven Einfluss auf die Wirtschaftsentwicklung.**

Länder mit überdurchschnittlicher institutioneller Qualität relevant.

**Fazit**

Die Untersuchung bietet wichtige Ansatzpunkte für eine Finanzmarktreform. Sie zeigt, dass staatliches Eigentum an Banken offenbar eine mangelhafte Finanzmarktregulierung kompensieren kann. Staatliche Banken können demnach eine wichtige Rolle für das Wirtschaftswachstum spielen. In Entwicklungsländern mit schwachem Regulierungsumfeld können sie bei der Mobilisierung von Ersparnissen für Investitionen in wachstumsfördernde Projekte entscheidend sein. Tatsächlich weisen Länder, in denen staatliche Banken ein relativ großes Gewicht haben, von 1995 bis 2007 im Durchschnitt ein stärkeres Wachstum auf als Länder mit nur wenigen oder gar keinen staatlichen Banken.

Zweitens lassen sich Regulierungsdefizite vielfach nicht kurzfristig beheben, sodass die *entwicklungsorientierte* Sicht auf staatliche Banken in zahlreichen

Ländern noch einige Zeit von Bedeutung sein wird.<sup>13</sup> Auf politischer Ebene sollte die Priorität darin bestehen, die Bankenaufsicht zu reformieren, um übermäßig riskantes und kundenschädliches Verhalten der Banken einzudämmen und das Vertrauen der Bevölkerung wiederherzustellen. Die Privatisierung staatlicher Banken kann warten.

Drittens, bei der aktuellen Krisenbewältigung kann aus den Erfahrungen von Ländern mit einem hohen Marktanteil staatlicher Banken wie Deutschland gelernt werden: Es kommt immer auf das Geschäftsmodell staatlicher Banken an. Geschäftsmodelle, wie sie die Sparkassen anwenden, wirken stabilisierend. Die Geschäftsmodelle der Landesbanken dagegen müssen als problematisch gelten.<sup>14</sup>

<sup>13</sup> Kane, E.: Redefining and Containing Systemic Risk. *Atlantic Economic Journal*, 38-3, 2010, 251–264.

<sup>14</sup> Schrooten, M.: Landesbanken: Rettung allein reicht nicht. *Wochenbericht des DIW Berlin* Nr. 32/2009.

**JEL Classification:**  
O16, G18, G28, K42

**Keywords:**  
Public banks,  
Economic growth,  
Quality of governance,  
Regulation,  
Political institutions

**Impressum**

DIW Berlin  
Mohrenstraße 58  
10117 Berlin  
Tel. +49-30-897 89-0  
Fax +49-30-897 89-200

**Herausgeber**

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann  
(Präsident)  
Prof. Dr. Alexander Kritikos  
(Vizepräsident)  
Prof. Dr. Tilman Brück  
Prof. Dr. Christian Dreger  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Prof. Dr. Viktor Steiner  
Prof. Dr. Gert G. Wagner

**Chefredaktion**

Dr. Kurt Geppert  
Carel Mohn

**Redaktion**

Tobias Hanraths  
PD Dr. Elke Holst  
Susanne Marcus  
Manfred Schmidt

**Lektorat**

Alexander Eickelpasch  
Prof. Dr. Mechthild Schrooten

**Pressestelle**

Renate Bogdanovic  
Tel. +49 – 30 – 89789–249  
presse@diw.de

**Vertrieb**

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 7477649  
Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.  
Reklamationen können nur innerhalb  
von vier Wochen nach Erscheinen des  
Wochenberichts angenommen werden;  
danach wird der Heftpreis berechnet.

**Bezugspreis**

Jahrgang Euro 180,–  
Einzelheft Euro 7,–  
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer  
und Versandkosten)  
Abbestellungen von Abonnements  
spätestens 6 Wochen vor Jahresende  
ISSN 0012-1304  
Bestellung unter leserservice@diw.de

**Satz**

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

**Druck**

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit  
Quellenangabe und unter Zusendung  
eines Belegexemplars an die Stabs-  
abteilung Kommunikation des DIW  
Berlin (Kundenservice@diw.de)  
zulässig.

Gedruckt auf  
100 Prozent Recyclingpapier.